



Nr. 81 / 27.04.2018

Alexander **HOFFMANN** informiert

DER NEWSLETTER DES WAHLKREISABGEORDNETEN FÜR MAIN-SPESSART UND MILTENBERG

Schwarzfahren muss auch in Zukunft strafbar bleiben!

Liebe Leserinnen, liebe Leser, bereits in der zurückliegenden Sitzungswoche haben wir zwei Gesetzentwürfe von Bündnis 90/Die Grünen sowie von der Linkspartei diskutiert. Beide Fraktionen fordern allen Ernstes, dass das Fahren ohne Fahrschein keine Straftat mehr sein soll. Sie werden sicherlich nicht überrascht sein, dass wir Abgeordneten von CDU und CSU diesen Gesetzentwürfen überhaupt nichts abgewinnen können.

Die Herabstufung des Schwarzfahrens zu einer Ordnungswidrigkeit würde Justiz und Gerichte nicht unerheblich entlasten, argumentieren Grüne und Linke. Außerdem, behaupten die beiden Oppositionsfraktionen, bliebe vielen Menschen, die arm seien und/oder Sozialtransferempfänger, gar nichts anderes übrig, als „schwarz zu fahren“.

Ich halte die Art und Weise, wie Grüne und Linke diese Debatte führen, für brandgefährlich. Wenn sie das Schwarzfahren legalisieren wollen und dies damit begründen, dass die Polizei viel zu tun hat, dass die Gerichte überlastet, die JVA's überfüllt sind und die Ersatzfreiheitsstrafe zu viel kostet, dann rufen sie die Kapitulation des Rechtsstaates aus, und das wird es mit uns nicht geben!

Strafe darf nämlich nie eine Frage der Ressourcen sein. Wenn gesagt wird, die Menschen seien aus Armut zu dieser Straftat gezwungen, dann gehen



bei mir alle roten Lampen an. Denn dann müssen wir vorsichtig sein, sonst kommen wir komplett unter die Räder. Es gibt nämlich Menschen, die aus Armut anfangen zu dealen, die an der Tankstelle die Zeche prellen, weil sie ihre Tankfüllung nicht bezahlen können, oder die z.B. in Lebensmittelgeschäften

stehlen, weil sie sich den Einkauf nicht leisten können. Bei dieser Argumentation merkt jeder schnell, wohin das führen könnte. Es wird von Seiten der Grünen und Linken letztlich alles in einen Topf geschmissen. Was ich an dieser Debatte für besonders problematisch halte, ist die Bagatellisierung, die mit dieser Darstellung einhergeht. Das wäre auch das völlig falsche Signal gegenüber all denjenigen, die sich gewissenhaft einen Fahrschein kaufen. Durch Beförderungsererschleichung entstehen jedes Jahr Schäden in Millionenhöhe. Und letztendlich zahlt dafür dann die Allgemeinheit durch höhere Fahrpreise.

Auch das Argument, die Ersatzfreiheitsstrafe für notorische Schwarzfahrer koste den Ländern angeblich so viel Geld, verwundert mich. Es gibt

bundesweit nämlich gute Beispiele, wie sich hier gemeinnützige Arbeit etablieren lässt und wie sich die Länder Kosten ersparen können. In Bayern zum Beispiel gibt es bereits seit den 80er Jahren das sehr erfolgreiche Programm „Schwitzen statt sitzen“. Allein 2016 wurden dadurch mehr als 62.000 Haft-Tage gespart. Das sind über 6 Millionen Euro! Man kann eine Freiheitsstrafe hier also durch gemeinnützige Arbeit sinnvoll abwenden.

Letztendlich ist Schwarzfahren gemeinschaftsschädlich. Wir reden doch über Wiederholungstäter, also über diejenigen, die das regelmäßig machen. Dazu muss ich ehrlich sagen: Wer meint, auf Kosten der Gemeinschaft regelmäßig eine im wahrsten Sinne des Wortes Freifahrt zu erhalten, handelt grob asozial!

Gegen eine Selbstverzweigung unserer christlich geprägten Identität


Das bayerische Kabinett hat in dieser Woche beschlossen, dass in jeder staatlichen Behörde Bayerns ab dem 1. Juni ein Kreuz hängen soll. Man muss sich schon sehr wundern, welche Empörung so eine Selbstverständlichkeit in kleinen, aber lautstarken Teilen der Bevölkerung vermeintlich auslöst. Einmal mehr wird von einigen wenigen eine Debatte angezettelt, die mit dem kulturellen und religiösen Selbstverständnis unserer christlich geprägten Gesellschaft nicht übereinstimmt. Mir fehlt das Verständnis für diese Selbstverzweigung unserer eigenen, christlich geprägten Identität. Wie in der Debatte um Integration sollten wir daher



selbstbewusst und selbstverständlich auf eine eigene kulturelle und religiöse Identität bestehen – und nicht ohne Grund unter der gut gemeinten Tendenz zur Selbstaufgabe eigene Regeln, Traditionen und Werte in Frage stellen. Ich bin daher sehr froh, dass sich unser neuer Ministerpräsident Dr. Markus Söder so klar zu unserer bayerischen Identität, unserer christlichen Tradition und zu unseren Werten bekennt. Er hat Recht, wenn er sagt: Bei uns in Bayern ist die Welt noch in Ordnung, und sie soll es auch bleiben!

Herzlichst

Ihr


Alexander Hoffmann, MdB

Fotos: Laurence Chaperon;
CDU/CSU-Bundestagsfraktion;
Dr. Markus Söder via Facebook
Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg;
Michael Dominik